

BELARUS

Gewerkschaftsmonitor

Mai 2021

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die Präsidentschaftswahlen vom 9. August 2020 bedeuten eine Zäsur in der belarusischen Geschichte. Das Land befindet sich seit August in einer tiefen politischen Krise. Eine beispiellose neue Welle an Repressionen stellt alles zuvor Dagewesene in den Schatten. Auch die Situation und die Rolle der unabhängigen Gewerkschaften sind hiervon in den vergangenen Monaten nachhaltig beeinflusst worden. Ihre Bedeutung ist enorm gewachsen, doch mit ihr hat auch der Druck auf Gewerkschaftsaktivist_innen (weiter) zugenommen.

Zwar regiert Machthaber Alexander Lukaschenko das Land bis dato weiterhin, aber nie zuvor während seiner nunmehr 27-jährigen Amtszeit sah er sich vergleichbaren Massenprotesten ausgesetzt wie in den Wochen und Monaten nach dem 9. August 2020 – und nie zuvor wurden infolge von Protesten derart viele Menschen verhaftet, gefoltert und/oder zur Ausreise gezwungen. Seit August sind mehr als 35 000 Menschen verhaftet worden. Die Zahl der anerkannten politischen Gefangenen ist in Höhen geschellt, die selbst für Belarus als schockierend bezeichnet werden müssen. Derzeit zählt das Menschenrechtszentrum Viasna 398 von ihnen (Stand: 18. Mai 2021). Die Zahl der Teilnehmenden an Demonstrationen ist zwar nach anfänglich bis zu 200 000 vor dem Hintergrund der Repressionen deutlich zurückgegangen und das Regime hat seine Macht nach außen hin ein Stück weit konsolidiert, aber die Fronten bleiben verhärtet und es kommt trotz harter Konsequenzen immer wieder zu lokalen Protestaktionen.

Durch Gesetzesverschärfungen sind die ohnehin schon drastischen Strafmaßen sogar noch einmal nach oben angepasst worden. Zivilgesellschaftliche Organisationen, unabhängige Medien, Gewerkschaften, Banken, Privatunternehmen und sogar Anwälte sind noch mehr als zuvor ins Visier der Sicherheitsdienste geraten und werden gezielt durchsucht, befragt

und im schlimmsten Fall an der Ausübung ihrer Tätigkeit gehindert oder gar verhaftet.

Der entscheidendste Unterschied zu früheren politischen Krisen in Belarus ist, dass Alexander Lukaschenko möglicherweise keine Mehrheit der Belarus_innen mehr hinter sich weiß. Die wenigen halbwegs repräsentativen unabhängigen Umfragen deuten jedenfalls darauf hin, dass er die Mehrheit verloren haben könnte. Das offizielle Wahlergebnis der Präsidentschaftswahlen (Lukaschenko 80.08 Prozent, Zichanouskaja 10.09 Prozent) war derart frappant gefälscht, dass es weiter zum Verlust des Rückhalts Alexander Lukaschenkos in der Bevölkerung beigetragen hat.

Schon im Vorfeld der Wahlen gab es eine Reihe anderer Faktoren, die diese Entwicklung ebenfalls befördert hatten und in Folge derer sich die belarusische Gesellschaft deutlich politisiert hatte: Die Covid-19 Politik des Regimes (die Pandemie wurde stets heruntergespielt), die auch unabhängig hiervon wenig optimistisch stimmenden wirtschaftlichen Perspektiven sowie die Nahbarkeit und Geschlossenheit der »neuen« Opposition rund um die aussichtsreichsten Präsidentschaftskandidat_innen Babarika, Zepkala und Zichanouskaja – von denen lediglich Zichanouskaja letztlich auch antreten konnte und zur Überraschung der meisten Beobachter_innen zur Speerspitze einer geeinten Opposition avancierte, hinter die sich u.a. auch die freien Gewerkschaften stellten. Hinzu kam eine allgemeine Autokratie- und Lukaschenko-Müdigkeit sowie – nach den Wahlen – das Entsetzen über die selbst für belarusische Verhältnisse unerwartet harte Niederschlagung von Protesten.

Streikende Arbeiter_innen haben bei den Protesten eine zentrale Rolle eingenommen, wodurch sich das öffentliche Augenmerk weit stärker als zuvor auf ihre Lage und die Vertretung ihrer Interessen gerichtet hat. Schon im August streikten Arbeiter_innen in vielen Betrieben, auch wenn ein für den 18. August angekündigter Generalstreik nicht den erwünschten Umfang und Erfolg hatte. Sie bestreikten zumindest zeitweise eine bemerkenswerte Zahl wichtiger Betriebe, darunter Belaruskali, Grodno Azot, die Ölraffinerie Naftan,

das Minsker Traktorenwerk, das Minsker Elektrotechnische Werk, das Minsker Automobilwerk und weitere.

In den folgenden Monaten gab es mehrere groß angelegte Streikversuche, wenngleich ihr Umfang und Erfolg überschaubar blieben. Insbesondere dem von Zichanouskaja Ende Oktober angekündigten Aufruf zum (erneuten) Generalstreik wurde (abermals) nur vereinzelt Folge geleistet; auch eine mangelnde Abstimmung zwischen Exilstrukturen, Streikkomitees und freien Gewerkschaften, die des Öfteren zu beobachten war, dürfte hier eine Rolle gespielt haben. Dennoch: In den vergangenen Jahren wären politische Streiks, wie wir sie nach dem 9. August immer wieder in einzelnen Betrieben (aber auch etwa an Universitäten und im Kulturbereich) gesehen haben, in dieser Form undenkbar gewesen. Arbeiter_innen in Staatsbetrieben galten lange Zeit als mehrheitlich treue Anhänger Lukaschenkos, weil sie oft vergleichsweise gute Löhne und Sozialleistungen erhalten. Aber die Streiks machten deutlich, dass sich dies geändert hat. Menschen traten aus staatlichen Gewerkschaften aus und begannen, sich (oft spontan) in Streikkomitees zu organisieren. Und das Regime zeigte sich hiervon durchaus beeindruckt. Am offenkundigsten wurde dies bei Lukaschenkos legendärem, eigentlich zur Beruhigung der Lage gedachten, Auftritt in der MZKT Fabrik am 16. August, bei dem er mit »Geh weg!«-Rufen empfangen wurde. Manche Beobachter_innen gingen sogar so weit zu sagen, dass (nur) fortgesetzte Streiks das Regime zu Fall bringen könnten.

Doch Lukaschenkos Machtapparat reagierte schließlich mit aller Härte: Sicherheitsbeamte rückten in Staatsbetriebe aus. Arbeiter_innen wurden festgenommen und/oder entlassen. Nachdem im Metallwerk in Schlobin am 10. August die ersten Streiks begonnen hatten, blieb es nur kurz bei der »Ruhe vor dem Sturm«. Als sich andere Werke anschlossen, wurden schnell erste Vans der Spezialkräfte gesichtet: Ob in Schlobin, bei Belaruskali, bei Grodno Azot, bei der Reifenfabrik Belshina oder bei den Minsker Trolleybusfahrern – überall kam es zu Verhaftungen. Auch, wenn die unabhängigen Gewerkschaften den Streikkomitees schon allein aus rechtlichen Gründen die Spitze der Bewegung überlassen mussten: Sie zeigten sich von vornherein solidarisch und stellten sich vor ihre streikenden Mitglieder; neben einfachen Gewerkschaftsmitgliedern wurden deshalb folglich schnell auch Gewerkschaftsfunktionäre inhaftiert, z.B. Siarhei Charkasau, Co-Vorsitzender des Streikkomitees bei Belaruskali und zugleich stellvertretender BNP-Vorsitzender, der gleich mehrmals verurteilt wurde. Der meistgenutzte Paragraph bezog sich auf die »Teilnahme an nicht genehmigten Versammlungen«.

Zwei der populärsten Anführer der Streiks, Siarhei Dileuski (MTZ-Streikkomiteevorsitzende) und Anatoli Bokun (sein Pendant bei Belaruskali) wurden besonders unter Druck gesetzt. Dileuski, auch Mitglied des Koordinierungsrates der Demokratiebewegung, musste letztlich nach seiner Freilassung aus dem Gefängnis ins Ausland fliehen. Bokun blieb und wurde erneut in Gewahrsam genommen. Neben Verhaftungen und Kündigungen wurden auch finanzielle Sanktionen seitens der Staatsbetriebe genutzt: Prämien und Sozialleistungen wurden gekürzt, es wurde mit Schadensersatzklagen gedroht.

Auch andernorts wurde durchgegriffen, etwa an Universitäten: Auch hier wurden Arbeitsverträge nicht verlängert, es kam gar zu körperlichen Übergriffen gegenüber Mitarbeiter_innen und zu Verhaftungen. Nach und nach mussten auch über 150 Studierende zunächst ihre Universität verlassen.

Die Demokratiebewegung hält trotz der bedrohlichen Lage und der Flucht oder Verhaftung ihrer wichtigsten politischen Repräsentant_innen weiter an ihren Kernforderungen fest: Freie und faire Neuwahlen infolge des Rücktritts Lukaschenkos, ein Ende der Polizeigewalt und die Freilassung aller politischen Gefangenen. Stand jetzt ist jedoch eher davon auszugehen, dass sich Lukaschenko bis ins Jahr 2022 halten wird. Ob es dann zu einem Transitionsprozess oder zumindest zu einer erneuten »vorsichtigen Öffnung« kommt, bleibt abzuwarten. Diverse neue Gesetzesinitiativen in der ersten Jahreshälfte 2021 deuten eher darauf hin, dass die Zügel auf lange Zeit angezogen und Freiheitsrechte noch intensiver beschnitten werden.

Immerhin hat Alexander Lukaschenko jedoch einen (von ihm de facto kontrollierten statt inklusiv erarbeiteten) Verfassungsreformentwurf in Aussicht gestellt, über den Anfang 2022 in einem Referendum abgestimmt werden soll. An eine mögliche Verfassungsreform könnte sich ein Abgang Lukaschenkos anschließen – gleichwohl ist dies weder sicher, noch ist ernsthaft davon auszugehen, dass eine mögliche neue Verfassung den Weg zu einem demokratische(re)n System bereiten könnte. Der einzige Ausweg aus der Krise scheint ein inklusiver und möglichst breit angelegter Dialog, wenn nötig unter Zuhilfenahme internationaler Mediation, zu sein, der auch die neu gebildeten Exilstrukturen der Führungsfiguren der Demokratiebewegung miteinschließt. Das Regime zeigt jedoch keinerlei Anzeichen für jegliche Dialogbereitschaft.

Dass dem so ist, liegt auch am »russischen Faktor«. Die belarussische Wirtschafts- und Sicherheitspolitik ist in einem derartigen Maße von Russland abhängig, dass keine belarussische Staatsführung ohne gute Beziehungen mit Moskau auskommen könnte. Dass man der russischen Führung nicht feindlich gegenübersteht, betonen deshalb auch die politischen Repräsentant_innen der Demokratiebewegung immer wieder. Lukaschenko allerdings hat sich durch die Gewalt, die sein Sicherheitsapparat nach dem 9. August gegen friedlichen Demonstrant_innen angewandt hat, aber auch durch seine martialische Rhetorik, derart außenpolitisch isoliert, dass man mehr denn je von Russland abhängt und aus einer Position der Schwäche heraus mit dem Kreml verhandeln muss. Vereinzelt hat Russland hieraus bereits Kapital schlagen können, sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf militärischem Gebiet. Auch der Integrationsprozess im Kontext des bereits 1999 beschlossenen Unionsstaates schreitet – langsam aber stetig – weiter voran. Zum Ausverkauf von Belarus kommt es zwar derzeit entgegen anders lautender Prophezeiungen noch nicht, dennoch sind die Interessen Putins evident und, auch mit Blick auf eigene innenpolitische Herausforderungen, bislang ausreichend, um den nicht unbedingt geliebten Lukaschenko weiter zu stützen und somit einen Transitionsprozess zu blockieren.

Der schrittweisen Entspannung in den Beziehungen zwischen EU und Belarus wurde mit dem historischen 9. August ein jähes Ende gesetzt. Lukaschenko schoss nach den Wahlen immer wieder scharf gegen westliche Staaten und insbesondere gegen die Nachbarstaaten Litauen und Polen. Er warf ihnen gar einen »Blitzkrieg« gegen Belarus vor. Von einer Entspannung dieser Situation ist, solange Lukaschenko an der Macht bleibt, nicht auszugehen. Zwar folgte auf vorherige Krisen, freilich mit einiger Zeitverzögerung, immer wieder eine vorsichtige Annäherung an die EU – diesmal dürfte Lukaschenko hierfür aber zu weit gegangen sein. Die EU hat ein viertes Sanktionspaket angekündigt; weitere könnten folgen. Sanktionen alleine aber werden die Krise nicht lösen können. Das weiß auch die EU, die u.a. auch die belarusische Zivilgesellschaft verstärkt unterstützen möchte. Auch die freien belarusischen Gewerkschaften erfahren in diesem Kontext eine gestiegene Aufmerksamkeit und Solidarität.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Covid-19 hat Belarus angesichts ausbleibender Maßnahmen wirtschaftlich kurzfristig weniger hart getroffen als viele andere Länder. Offiziell sank das BIP 2020 »nur« um 1.2 Prozent und auch andere Kennzahlen zeigen zwar eine negative, aber keine dramatische Entwicklung; wobei eine Inflation von 7.4 Prozent und ein Rückgang des Außenhandels um gar 15 Prozent durchaus für Stirnrunzeln in Minsk gesorgt haben dürften. Zudem sind offizielle Zahlen in Belarus mit Vorsicht zu genießen. Analyst_innen zufolge ist außerdem im Gegensatz zu vielen anderen Ländern nicht damit zu rechnen, dass sich die Wirtschaft in den nächsten Jahren erholt, sondern vielmehr damit, dass eine weitere Verschlechterung der Lage zu beobachten sein wird.

Überfällige Strukturreformen werden in Belarus aus Angst vor kurzfristigen negativen Auswirkungen und politischen Folgen für das Regime dennoch auch weiterhin nicht angepackt. Das System, das in den neunziger Jahren durchaus Wachstum generieren konnte, aber bereits spätestens seit der Rezession von 2011 an seine Grenzen stößt, lässt sich als »Staatskapitalismus« beschreiben, der sich durch (begrenzte) Privatwirtschaft, aber auch durch Subventionierung von (oftmals unproduktiven und sonst von der Schließung bedrohten) Staatsbetrieben auszeichnet. Trotz neoliberaler Tendenzen steht über allem das politische Kalkül des Machthabers, nicht das Gesetz des Marktes – und schon gar nicht das Gemeinwohl. Noch immer befinden sich ca. 65 Prozent der Unternehmen in staatlicher Hand. Auch ist die Wirtschaft wenig diversifiziert – so beruht der Export nicht nur auf wenigen Sektoren, sondern sogar auf einzelnen Unternehmen. Mittlerweile führt diese Ausgangslage zu stagnierenden Einkommen. Auch dies war ein »Push-Faktor« für die Proteste im Sommer 2020, Lukaschenko kann sein »soziales Versprechen« nicht länger halten. Die Regierung hat schon vor langem begonnen, den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren. Arbeitsverträge wurden massenweise befristet, einseitige Kündigungen stark erleichtert. Das progressive Steuersystem wurde abgeschafft.

Die Streiks (und sich anschließender »Dienst nach Vorschrift«) haben kurzfristig durchaus wirtschaftliche Auswirkungen gehabt. Insgesamt beliefen sich die Verluste infolge der Augustproteste laut Schätzungen auf etwa eine halbe Milliarde US-Dollar. Einige Firmen aus dem Privatsektor haben ihren Sitz ins Ausland verlagert; insbesondere auf die zuletzt boomende belarusische IT-Branche trifft dies zu. Allgemein hat sich die politische Krise dennoch bisher noch nicht in einem solchen Maß auf die makroökonomische Lage ausgewirkt, dass ein plötzlicher Kollaps realistisch wäre. Eher ist von einem graduellen Niedergang auszugehen.

Weiterhin funktioniert Lukaschenkos System nur, solange es sich auf »Quersubventionen« aus Russland stützen kann (und selbst auf diese Weise immer schlechter). Diese Quersubventionen sind jedoch kontinuierlich kleiner geworden. Eine weitere Anpassung wäre für Belarus sehr schwer aufzufangen. Die wirtschaftliche Abhängigkeit erklärt auch die geringen politischen Handlungsspielräume (s.o.). Änderungen in den Preisvereinbarungen für Öl- und Gaslieferungen stellen jederzeit eine sehr ernsthafte Bedrohung dar. Ein offen ausgetragener Streit zwischen Belarus und Russland über die künftigen Lieferkonditionen führte 2019/2020 zu wirtschaftlichen (und politischen) Unsicherheiten. So oder so: Mittelfristig muss Belarus alles daran setzen, die Abhängigkeit vom Öl – und damit auch die von Russland – zu reduzieren. Einzig: Alternativen sind schon in weniger geopolitisch komplexen Zeiten schwer realisierbar.

Eine »Schocktherapie« hat Belarus in den 90er-Jahren vermieden. Sollte es zu einer Transitionsphase kommen, besteht dieses Risiko natürlich wieder. Denn Reformen werden dann schneller angepackt werden. Sie müssten deshalb unbedingt vorsichtig, nachhaltig und sozialverträglich ausgestaltet werden. Sonst hätten gerade die streikenden Arbeiter_innen in den großen Staatsbetrieben am meisten unter den Reformen zu leiden.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Dass die freien Gewerkschaften nach Jahren der scheinbaren Perspektivlosigkeit und Stagnation nunmehr nicht nur an Mitgliedern sondern auch an Profil gewinnen, sollte weder unter noch überschätzt werden. Fakt ist, dass schwache Strukturen, über Jahre niedrige und stagnierende Mitgliederzahlen und das enorm repressive Umfeld Gewerkschaftsarbeit vor Ort weiterhin schwierig machen. Fakt ist aber auch, dass die Streiks der letzten Monate, das Erschließen neuer (bisher nicht organisierter) Branchen und auch die – zumindest angestrebte – politische Rolle der freien Gewerkschaften im Kontext der Demokratiebewegung ein enormes und eindeutig gestiegenes Potential für gewerkschaftliche Arbeit in Belarus illustrieren. Nach dem 9. August stieg die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften sprunghaft um über 20 Prozent. Auch wenn sie immer noch auf bescheidenem Niveau ist, ist das Mandat deutlich robuster geworden.

Schon am 13. August forderte BNP die Arbeiter_innen zur Selbstorganisation und zum Verlassen der Staatsgewerk-

schaften auf. Die Gewerkschaft sprach sich, wie auch die anderen freien Gewerkschaften (BKDP tat dies schon am 12. August), deutlich gegen die Gewalt des Staatsapparates und den Umgang mit Streikenden aus. Als Arbeitskräfte aus anderen Betrieben heran gezogen werden mussten, um alle Werke am Laufen zu halten, lenkt der Staat – nach Ansicht einiger Beobachter_innen auch deshalb – zunächst ein wenig ein, die Brutalität der Protestniederschlagung nahm ab und es kam – zumindest auf lokaler Ebene – auch zu Gesprächen zwischen Arbeiter_innen und den staatlichen Unternehmensleitungen. Bald folgte hierauf jedoch eine systematische und gezieltere neue Welle der Repressionen.

Es ist, bei allem Optimismus, anzumerken, dass die freien Gewerkschaften von den Entwicklungen ein Stück weit überrascht wurden und ihre Erfahrungen nicht im erwartbaren Maße genutzt wurden. Die dezentrale Organisationsform setzte sich auch in der Arbeiter_innenschaft fort. Dies ist sicher auch darauf zurückzuführen, dass sich die freien Gewerkschaften selbst zunächst einmal sammeln und neu organisieren mussten und müssen. Sie haben nicht nur viele Mitglieder gewonnen, sie sind zum Teil auch in Betrieben und sogar Branchen (etwa IT) erstmals vertreten. Dies stellt sie nun vor große Herausforderungen, die es in den kommenden Monaten weiter anzugehen gilt. Profitiert haben sie von Austritten aus den staatlichen Gewerkschaften. In der Öltraffinerie Naftan traten 3500 Arbeiter_innen aus dem staatlichen Belchimprofsoyuz aus, 700 von ihnen schlossen sich der BNP an; bei Grodno Azot standen 1000 Austritten 400 Neueintritte gegenüber. Die staatlichen Gewerkschaften werden an dieser Stelle darüber hinaus nicht weiter behandelt. Ihre Rolle hat sich nicht grundlegend geändert. Eine Distanzierung von der Gewalt des Regimes hat allenfalls zaghaf stattgefunden.

In den neu gegründeten Streikkomitees finden sich viele (freie) Gewerkschaftsmitglieder, aber sie agieren unabhängig und erfüllen andere Aufgaben. Angesichts der politischen Natur der Streiks war es logisch, dass sie die Führung übernahmen; die Koordination mit den freien Gewerkschaften (die selbstverständlich für ihre Mitglieder in den Reihen der Streikkomitees eintreten) war dennoch notwendig, hätte aber vor allem bei Belaruskali besser funktionieren können. Vereinzelt wurden Streikkomiteeführer_innen zu Gewerkschaftsführer_innen gewählt, um sie besser schützen zu können.

Die neu gegründeten Komitees haben infolge von Kündigungen, Verhaftungen und Flucht einen personellen Aderlass erlitten, bestehen aber weiterhin und sind weiter aktiv. Die mit BNP am engsten verbundenen Streikkomitees von Grodno Azot, Naftan und BMZ haben gemeinsam die Online-Plattform Rabochi Ruch gegründet, die langfristig helfen soll, die sozialen und ökonomischen Interessen von Arbeiter_innen zu gewährleisten und arbeitnehmer_innenfreundliche sowie gewerkschaftsfreundliche Gesetzesnovellen auf den Weg zu bringen. Kurzfristig soll sie der sicheren Vernetzung und der Streikorganisation dienen.

Auch Profsoyuz online, eine in Litauen registrierte NGO, sollte an dieser Stelle Erwähnung finden. Diese Plattform wurde zunächst von BKDP unterstützt und als vielversprechendes

Vehikel gesehen, um neue Mitglieder zu gewinnen. Sie wird mittlerweile aber von den belarusischen Gewerkschaften kritisch gesehen. Sie kollaboriert u.a. mit der Initiative »Honest People«.

Mit Blick auf den neuen gewerkschaftspolitischen Kontext muss auch konstatiert werden, dass es in den Exilstrukturen bei ihrem kurzfristigen Einsatz für Arbeitnehmer_innen in erster Linie um Widerstand gegen das herrschende System geht, es aber bislang keine Signale für eine progressive Agenda in einer Post-Transitionsphase gibt und die Expertise der freien Gewerkschaften dementsprechend allenfalls kurzfristig und in begrenztem Maße geschätzt wird. Gleichwohl ist die Demokratiebewegung divers, viele Positionen sind noch nicht klar und Entwicklungen sind schnelllebig.

GEWERKSCHAFTEN IN BELARUS – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die unabhängige Gewerkschaftsbewegung in Belarus entstand im Zuge der Arbeiter_innenbewegung der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts. Die staatlich kontrollierten Gewerkschaften als Nachfolgeorganisationen der sowjetischen Gewerkschaften hatten sich von ihrer primären Aufgabe als Vertreter von Arbeitnehmer_inneninteressen zurückgezogen. Vor diesem Hintergrund begannen Arbeiter_innen in Industriebetrieben (damals wie heute), sich zu Streikkomitees zusammenzuschließen, aus denen 1993 der Belarusische Kongress Demokratischer Gewerkschaften (BKDP) hervorging. Mit der Niederschlagung eines Streiks der Maschinist_innen der Metro von Minsk im Jahr 1995 begann ein Feldzug des Staates gegen die unabhängige Gewerkschaftsbewegung, der sowohl mit wirtschaftlichen Methoden, als auch mit Verwaltungsmechanismen durchgeführt wurde. Dieser Feldzug dauert bis heute an und hat sich in den vergangenen Monaten intensiviert. Im Jahr 2003 trat der BKDP dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) bei und wurde dort aktives Mitglied.

Das Gegenstück zum BKDP ist die Nachfolgeorganisation der sowjetischen Gewerkschaften, der Gewerkschaftsbund von Belarus (FPB). Gegründet wurde der FPB als nationales Gewerkschaftszentrum auf dem XVII. belarusischen Gewerkschaftskongress am 5. und 6. Oktober 1990. Dieser Gewerkschaftskongress wurde gleichzeitig zum ersten Kongress der neugegründeten FPB deklariert, wo dessen Charta verabschiedet wurde. Der FPB ist damit Nachfolger des belarusischen republikanischen Gewerkschaftsrats. Die ersten Vorsitzenden des nationalen Gewerkschaftszentrums W.I. Gontscharik (1986–2001) und F.P. Witko (2001–2002) wurden noch von den Gewerkschaftsorganisationen des Gewerkschaftszentrums gewählt. Nachdem Gontscharik 2001 als Präsidentschaftskandidat gegen Lukaschenko angetreten war, änderte sich dies jedoch. Seit 2002 wurden die Wahlen faktisch durch die Ernennung des FPB-Leiters durch die Präsidialverwaltung ersetzt, wodurch kritisches Gedankengut weitestgehend aus der FPB-Führungsspitze verbannt werden konnte. Seit dem Jahr 2014 steht M. Orda dem FPB vor.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die unabhängigen Gewerkschaften werden durch den Belarusischen Kongress der Demokratischen Gewerkschaften (BKDP) vertreten, der sich aus folgenden Einzelorganisationen zusammensetzt, die jeweils verschiedene Industriezweige vertreten:

- 1.) Belarusische Unabhängige Gewerkschaft (BNP) mit 5 542 Mitgliedern. BNP steht für die Chemie- und Bergbaubeschäftigten und vertritt Arbeiter_innen in Ölraffinieren, im Energie- und Bausektor sowie im Transportbereich. Die Mitgliederbasis von BNP findet sich in den großen staatlichen Chemiebetrieben. Registrierte Zweige gibt es u.a. in folgenden Betrieben: JSC Belaruskali (3 139 Mitglieder), JSC Mozir Ölraffinerie (684 Mitglieder), Grodno Azot (538 Mitglieder), JSC Naftan (423 Mitglieder), UCE Remontashtroj (175 Mitglieder), JSC Belshina. Es gibt regionale Gewerkschaftsvertretungen in Salihorsk und Nawapolazk. Im staatlichen Konzern Belneftechim nimmt BNP gemeinsam mit der staatsnahen Gewerkschaft Belchimprofsojuz an tripartiten Tarifverhandlungen teil. Auf der Höhe der Nachwahlproteste gab es erste Versuche neue Gewerkschaftsstrukturen im IT-Sektor beim staatlichen JSC Peleng und dem High-Tech Park Unternehmen EPAM Systems zu etablieren und zu registrieren. Die Registrierung wurde jedoch seitdem mehrfach abgelehnt. Auch im Metallwerk BMZ wurde eine neue Zweigstelle mit 200 Mitgliedern ins Leben gerufen; mindestens 29 BMZ-Arbeiter_innen wurden daraufhin verhaftet oder mit Geldstrafen belegt und haben ihren Job verloren.
- 2.) Belarusische Freie Gewerkschaft (SPB) mit ca. 1 400 Mitgliedern. SPB vertritt ursprünglich primär die Chemieindustrie, widmet sich aber in zunehmendem Maße auch der gewerkschaftlichen Vertretung an Hochschulen und im medizinischen Bereich. Sie ist u.a. bei JSC Polozk Steklowlukno, im Babrujsker Traktoren(ersatz-)teilerwerk, an der Brester Staatlichen Universität und am Wasserkraftwerk in Nowalukoml vertreten. Vor kurzem haben neue Branchenvertretungen begonnen, sich zu organisieren: »Panazeja« für den Medizinbereich sowie »Adukatar« für Angestellte im Bildungssektor und Studierende.
- 3.) Freie Gewerkschaft der Metallarbeiter (SPM) mit ca. 1 000 Mitgliedern. SPM repräsentiert primär den Maschinen-

bausektor. Sie verfügt über regionale Vertretungen in Hrodna, Mahiljou und Schlobin. Zudem ist sie im Minsker Traktorenradwerk MKTZ, bei OJSC Belkommunmasch, beim Minsker Elektrotechnischen Werk »Kozlov« und bei der Minsker Kabelnetzwerkabteilung von Minskenergo vertreten. In keinem der genannten Fälle ist jedoch eine Registrierung vorhanden.

- 4.) Belarusische Gewerkschaft der Radioelektronischen Industrie (REP) mit ca. 3 200 Mitgliedern. REP ist ein eher territorial organisierter Zusammenschluss, der sich aus Vertreter_innen mehrerer Berufsfelder innerhalb der Regionen zusammensetzt. In den letzten Monaten wurden neue Gewerkschaftszweigstellen bei MAZ, MTZ, BelAZ und Minsker Motorenwerk ins Leben gerufen, von denen aber keine über eine Registrierung verfügt. Nach seiner Flucht nach Litauen legte der Vorsitzende Wassilij Sawadskij sein Amt nieder; die kommissarische Leitung übernahm Wassilij Beresnew.

Der staatsnahe Gewerkschaftsbund von Belarus (FPB) vereint 15 branchenspezifische Gewerkschaften, sieben Gewerkschaften für die Oblaste inklusive einer für die Stadt Minsk sowie 177 Bezirks- und Stadtverbände der Gewerkschaften (davon 147 mit Rechtsstatus). Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder beträgt insgesamt mehr als vier Millionen. Insgesamt vier FPB-Einzelgewerkschaften sind Teil globaler Gewerkschaftsföderationen: Belchimprofsojuz (IndustriALL), Belarusische Transport- und Kommunikationsgewerkschaft (ITF Global), Belarusische Gesundheitssektorgewerkschaft (PSI), Belarusische Bildungssektorgewerkschaft (EI). Belchimprofsoyuz und seine Vorsitzende Svatlana Klochok stechen als aktiv und gut vernetzt heraus.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Der ITUC konstatierte kürzlich, dass es in Belarus »keine Garantien für Arbeitnehmer_innenrechte« gebe. Im Global Rights Index steht Belarus in Europa ganz am Ende. Angesichts von Kettenverträgen, mangelnder Gewerkschaftsfreiheit und der Tatsache, dass eine Reihe an ILO-Konventionen von Belarus konsequent ignoriert werden, kann man nicht annähernd von einem sozial gerecht ausgestalteten System sprechen. Neun von zwölf grundlegenden Empfehlungen der ILO, die 2004 für Belarus entwickelt wurden, bleiben uner-

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Belarus

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Федерация профсоюзов Беларуси, ФПБ (Gewerkschaftsbund von Belarus, FPB)	Vorsitz: Michail Orda Stv. Vorsitz: Alena Mankevich	ca. 4 000 000	AGB (GUS-Staaten), WGB
Белорусский конгресс демократических профсоюзов, БКДП (Belarussischer Kongress demokratischer Gewerkschaften, BKDP)	Vorsitz: Aliaksandr Jaraschuk Stv. Vorsitz: Siarhei Antusewicz	ca. 11 000	IGB

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Belarus

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Белорусский независимый профсоюз (Belarussische Unabhängige Gewerkschaft [Petrochemie, Bergbau, Transport u. a.])	BKDP	Vorsitz: Maxim Pazniakou Stv. Vorsitz: Siarhei Tscharkasau, Aliaksandr Mischuk	5 542	IndustriAll, ITF, IUF
Свободный профсоюз Белорусский (Belarusische Freie Gewerkschaft)	BKDP	Vorsitz: Mikalaj Scharach	ca. 1 400	bisher keine – zeitnahe Bewerbungen bei PSI & EI möglich
Свободный профсоюз металлистов (Freie Gewerkschaft der Metallarbeiter)	BKDP	Vorsitz: Aliaksandr Buchwostau Stv. Vorsitz: Aliaksandr Jeudakimchik	ca. 1 000	IndustriAll
Белорусский профсоюз работников радиоэлектронной промышленности (Belarusische Gewerkschaft der Radioelektronischen Industrie)	BKDP	Vorsitz: vakant	ca. 3 200	IndustriAll

füllt. Insbesondere weigern sich die Behörden, bestehende Anordnungen oder Präsidialdekrete aufzuheben oder zu ändern, welche die Gründung und Registrierung von neu geschaffenen unabhängigen Gewerkschaften (nicht aber die staatlicher Gewerkschaften) verhindern, die Beteiligung unabhängiger Gewerkschaften an Tarifverhandlungen in Unternehmen einschränken, die Organisation und Durchführung von Streiks, friedlichen Demonstrationen und Versammlungen verbieten sowie den Empfang und die Nutzung von Unterstützung ausländischer Gewerkschaften und internationaler Organisationen für gesetzliche Gewerkschaftsaktivitäten nicht zulassen.

In Anbetracht dessen, dass etwa 90 Prozent der Arbeitsverträge befristet sind, kann ein Arbeitgeber Gewerkschaftsmitglieder bei der Verlängerung ihrer Arbeitsverträge unter Druck setzen und den Austritt aus der unabhängigen Gewerkschaft verlangen und zusätzlich eine Reihe anderer Beschränkungen hinzufügen. Bei der Umsetzung der grundlegenden ILO-Übereinkommen 87 und 98 bleiben sichtbare Fortschritte aus. Gleichzeitig ist Straffreiheit bei der Verletzung von Arbeitnehmer_innenrechten in Belarus Ursache für Nichtbeachtung weiterer grundlegender ILO-Konventionen, beispielsweise der Konventionen 29 und 105 zur Zwangsarbeit.

In den vergangenen Monaten hat sich die Lage noch weiter zugespitzt und verschlechtert. Mehr Gewerkschafter_innen als je zuvor wurden verhaftet und neben administrativen auch mit Gefängnisstrafen belegt. Schon die Teilnahme an friedlichen Streiks («nicht genehmigten Versammlungen») reichte aus, um nicht nur bedroht, sondern auch rechtlich belangt zu werden. Zudem kam es zu systematischen Durchsuchungen, u. a. bei der Gewerkschaft REP. Diese standen im Zusammenhang mit der angeblichen Finanzierung von Massenunruhen mit ausländischen Geldern. IndustriAll und die IG

Metall verurteilten diese Repressionen scharf, die EU lancierte eine Protestnote. Der REP-Vorsitzende Wassilij Sawadskij sah sich in der Folge – wie viele andere Gewerkschaftsmitglieder – gezwungen, nach Litauen zu fliehen.

Der UN-Menschenrechtsrat hat in seiner jüngsten Belarus-Resolution u. a. die fehlende Vereinigungsfreiheit in Belarus angeprangert. Die ILO hat festgestellt, dass Arbeitnehmer_innenrechte in Belarus insbesondere in den vergangenen Monaten systematisch verletzt wurden. In einer dringenden Intervention hat sich BKDP im März an die ILO gewandt, um neue, weitere, Verschärfungen der Arbeitsgesetzgebung anzuprangern. Der Gesetzesentwurf sieht u. a. vor, dass Arbeiter_innen für das Fernbleiben vom Arbeitsplatz infolge des Verbüßens einer administrativen Strafe durch die Teilnahme an einem nicht genehmigten Streik entlassen werden können ohne die zuständige Gewerkschaft vorher zu informieren. Die Messlatte für eine Streikgenehmigung wird außerdem noch höher gelegt als ohnehin schon.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Aus den gestiegenen Mitgliederzahlen ergibt sich nicht nur ein potentiell höheres politisches Gewicht, sondern natürlich vor allem auch ein stärkeres Mandat für gewerkschaftliche »Kernaufgaben«. Ihre Wahrnehmung bleibt aber sehr schwierig. De jure können Gewerkschaften bis dato an Tarifverhandlungen teilnehmen, ihre Positionen in das dreiseitige Allgemeine Abkommen einbringen, Rechtsbeistand für ihre Mitglieder leisten, die Einhaltung der Rechte von Arbeitnehmern und Gewerkschaften überwachen und frei für eine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft werben. De facto können die freien Gewerkschaften diese Aufgaben jedoch – wenn überhaupt – nur ansatzweise wahrnehmen.

In einer vergleichsweise guten Ausgangsposition befindet sich die Gewerkschaft BNP dank der relativ hohen Mitgliederzahl im Kalibergbauunternehmen »Belaruskali«. Aus diesem Grund nehmen Vertreter_innen aktiv an Tarifverhandlungen teil und wirken an der Gestaltung von Tarifverträgen mit. Die übrigen BKDP-Gewerkschaften sind in den meisten Fällen von konkreten Verhandlungen ausgeschlossen und lediglich bei der Unterzeichnung der Tarifverträge involviert. Die Gewerkschaften des unabhängigen Spektrums sind allgemein in ihrem Handlungsspielraum durch Druck von staatlicher Seite erheblich eingeschränkt. Ihre Aktivitäten waren daher lange vor allem auf die Gewinnung neuer Mitglieder gerichtet. Die Gewerkschaft REP verfügt immerhin schon länger über ein gut ausgebautes Netz an Juristen und kann dadurch Rechtsberatung für Mitglieder aus dem Arbeits- und Sozialbereich anbieten; auch für andere Gewerkschaften hat dieser Aspekt ihrer Arbeit nach dem 9. August an Bedeutung gewonnen. Mehr als 90 Prozent aller Arbeitsverträge sind in Belarus befristet (davon ca. 40 Prozent auf nur ein Jahr). So wird die Rechtslage von Arbeitnehmer_innen wesentlich verschlechtert.

Die staatsnahen Gewerkschaften entwickeln praktisch keine selbständige Initiative, kümmern sich oftmals in der öffentlichen Wahrnehmung vorwiegend um Feierlichkeiten und Gutscheine, und gelten als verlängerter Arm der Regierung. Der FPB-Vorsitzende leitete den Wahlkampf Lukaschenkos. Sie sind international isoliert und verfügen kaum über qualifiziertes Wissen, um im Prozess der wirtschaftlichen Restrukturierung und Privatisierung die Interessen der Arbeiterschaft vertreten zu können. Zum jetzigen Zeitpunkt kann keine der Gewerkschaften der FPB für sich beanspruchen, eine vollständig unabhängige und ernsthafte Gewerkschaftspolitik zu verfolgen. Sie suchen zudem noch häufiger als in der Vergangenheit die direkte Konfrontation mit den freien Gewerkschaften. Nach den Wahlen wurden die Kollektivverträge bei Grodno Azot, Naftan und Belaruskali nach Auffassung von BNP im Sinne der Arbeitgeber angepasst und Entlassungen erleichtert – auf Initiative von Belchimprofsoyuz.

Am tripartistisch aufgebauten Nationalen Sozial- und Arbeitsrat, der das allgemeine Abkommen zwischen Regierung, Gewerkschaften und Unternehmen entwickelt und verabschiedet, nehmen Gewerkschaften (FPB: 10 von 11 Plätzen, BKDP: 1 Platz) sowie Regierungs- und Arbeitgebervertreter_innen (je 11 Plätze) teil. Das Abkommen ist Basis der weiteren Ausgestaltung von Tarif- und Kollektivverträgen, für die es Mindeststandards festlegt. Im gegenwärtigen Abkommen ist etwa auch festgelegt, dass alle in einem Betrieb vertretenen Gewerkschaften an Tarifverhandlungen teilnehmen, was in der Praxis jedoch immer wieder untergraben wird. Es gilt jeweils für drei Jahre (im aktuellen Fall bis 31.12.2021) und umfasst die folgenden sechs Bereiche: Wirtschaftspolitik, Einkommen, Löhne und Lebensstandard, Sozialschutz und soziale Garantien, Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Arbeitsschutz und soziale Partnerschaft. Eine wichtige Funktion des Abkommens ist auch, dass es Vertreter_innen der Regierung, der Arbeitgeber sowie der Arbeitnehmer_innenseite die Möglichkeit eröffnet, im Rahmen des Nationalen Sozial- und Arbeitsrates regelmäßig den Fortschritt bei der Umsetzung der Maßnahmen zu

besprechen. Somit fördert es – jedenfalls in der Theorie – den Dialog zwischen den drei Parteien. Sowohl der BKDP als auch die FPB sind im Rat zur Verbesserung der Gesetzgebung im Arbeits- und Sozialbereich des Ministeriums für Arbeit und Sozialschutz vertreten, um die Empfehlungen der ILO umzusetzen und Verletzungen der Arbeitnehmer_innen- und Gewerkschaftsrechte in der Republik Belarus zu verhindern – gleichwohl sind die »Erfolge« mehr als überschaubar.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Dass die Bedeutung der unabhängigen belarusischen Gewerkschaften insgesamt gestiegen ist und auch die Aufmerksamkeit für ihre Arbeit zugenommen hat, zeigte sich zuletzt durch die Nominierung für den internationalen Arthur Svensson Preis, der ihnen am 16. Juni 2021 verliehen werden soll. Insgesamt sind die freien Gewerkschaften auf internationaler Ebene deutlich sichtbarer geworden und haben ihr Netzwerk ausgebaut. Ein Beispiel hierfür ist auch ein möglicher Beitritt von SPB bei einer Globalen Gewerkschaftsföderation. Bei den staatlichen Gewerkschaften zeigt sich das umgekehrte Bild: Sie haben international einen schweren Stand.

Viele Unterstützungsschreiben und Solidaritätsaktionen internationaler Partner haben die Positionen der BKDP-Gewerkschaften untermauert und ein Ende der Repressionen gefordert. Globale Gewerkschaftsföderationen haben dies (z. B. in Form von Resolutionen wie IndustriAll und IUF) ebenso klar gemacht wie der IGB und die ILO. Auch bei der Internationalen Arbeitskonferenz im Juni dürfte Belarus im Fokus stehen. Globale Gewerkschaftsföderationen haben sich zudem mit Sviatlana Zichanouskaja getroffen und mit ihr Wege zur Unterstützung belarusischer Arbeiter_innen erörtert.

Auch deutsche Gewerkschaften haben sich hervorgetan und die Achtung von Menschenrechten gefordert – etwa IG BCE, IG Metall, GEW und Verdi. Der DGB hat eine Belarus-Resolution verabschiedet. Auch praktische Hilfe wird geleistet. Zudem haben sich deutsche Gewerkschaften an Unternehmen gewandt, die Geschäftsbeziehungen zu belarusischen Unternehmen unterhalten – und gefordert, dass strikt darauf geachtet wird, dass Geschäftspartner Arbeitnehmer_innen und Menschenrechte einhalten.

Auf internationale Unternehmensverantwortung fokussieren sich auch die Aktivitäten der Exilstrukturen der Demokratiebewegung in Litauen und Polen. Einige deutsche Unternehmen gerieten in diesem Kontext sehr konkret in die Kritik, insbesondere das Unternehmen Eickhoff, das Belaruskali mit Ausrüstung versorgt. Das Unternehmen wurde sogar von Zichanouskaja persönlich aufgefordert, seine Geschäftsbeziehungen zu Belaruskali abubrechen oder die Einhaltung von Menschenrechten durchzusetzen. Auch die IG Metall wurde aktiv. Eickhoff verwies u. a. darauf, dass dies die Sicherheit der Arbeiter_innen unter Tage gefährden, aber keinen allzu großen Einfluss auf Belaruskali haben würde. Immerhin war die Firma zu Statements bereit; viele andere deutsche Unternehmen, darunter auch einige größere, reagierten zunächst gar nicht auf Anfragen. Später gerieten weitere deutsche Unter-

nehmen öffentlich in die Kritik, etwa Siemens oder die Commerzbank. Im Kontext der Eishockey-WM zogen einige Unternehmen ihre Sponsoringzusagen zurück, auch Nivea (Beiersdorf) – dessen Vertrieb in Belarus später als Reaktion des Regimes untersagt wurde.

Die größte Kontroverse bezüglich internationaler Unternehmen gibt es aber eindeutig hinsichtlich der norwegischen Firma Yara, die ein wichtiger Partner von Belaruskali ist. Am Umgang Yaras mit Belaruskali entzündete sich ein handfester, auch öffentlich ausgetragener, Streit zwischen BKDP/BNP auf der einen und der Führung des Streikkomitees bei Belaruskali sowie Teilen der Exilrepräsentant_innen der Demokratiebewegung, insbesondere aus dem in Warschau ansässigen nationalen Anti-Krisenrat unter Führung von Pawel Latuschka, auf der anderen Seite. Die Position der unabhängigen Gewerkschaften ist, dass Yara sich im positiven Sinne hervorgetan hat, weil es Belaruskali aktiv zur Einhaltung seiner Prinzipien aufgefordert und sich z. B. für die Wiedereinstellung (in Folge von Streiks) entlassener Arbeiter_innen eingesetzt hat.

Yara hat sich nicht nur wiederholt mit den unabhängigen Gewerkschaften bzw. ihren norwegischen Partnern sowie den Repräsentant_innen der Demokratiebewegung getroffen, sondern auch mit der Führung von Belaruskali. Es gab zudem mehrere öffentliche Statements. Und das Engagement der Firma zeigte Ergebnisse: Nachdem der Streik bei Belaruskali für illegal erklärt, in der Folge insgesamt 55 Arbeiter_innen entlassen und Dutzende verhaftet worden waren, setzte sich Yara für sie ein. Yara forderte neben der Wiedereinstellung entlassener Arbeiter_innen auch Informationen über die Diskriminierung von Gewerkschaftsmitgliedern sowie über die Sicherheit am Arbeitsplatz bei Belaruskali – und schickte schließlich einen ständigen Beobachter nach Belarus, wo man sich eng mit der unabhängigen Gewerkschaft abstimmen wird. Und tatsächlich: Den entlassenen Arbeiter_innen wurde von Belaruskali nach zähen Verhandlungen eine Wiedereinstellung angeboten, sofern sie sich hierauf »bewerben« würden (was das Streikkomitee jedoch bis zu einem Rücktritt Lukaschenkos ablehnte). Auch finanzielle Strafen in Form des Einbehaltens von Boni sollten zurückgenommen werden; und eine weitere Kooperation mit Yara wurde in Aussicht gestellt.

Das Belaruskali-Streikkomitee, das weniger Überschneidungen mit den Mitgliedern der unabhängigen Gewerkschaften aufweist als andere, antwortete auf den Einsatz von Yara mit fortgesetzten Petitionen und Kampagnen, die das Ziel hatten, Yara zum völligen Abbruch der Geschäftsbeziehungen nach Belarus zu drängen – und wurde von Latuschkas Team unterstützt. Die unabhängigen Gewerkschaften sehen den Mehrwert hierin nicht: Sie bauen darauf, dass der Einsatz von Yara zu weiteren Verbesserungen führen und andere internationale Unternehmen zu einem ähnlichen Einsatz bewegen könnten. Zudem fürchten sie um ihre eigene Existenz im Betrieb. Latuschka warf ihnen öffentlich vor, die Interessen von Belaruskali zu vertreten und Geiseln des Regimes zu sein.

Im Kontext von Belaruskali ist auch die LabourStart-Kampagne der unabhängigen Gewerkschaft erwähnenswert, die tausende Unterschriften für eine Petition für die Freilassung von

vier Gewerkschaftern sammeln konnte. Die vier wurden schließlich aus der Haft entlassen (teilweise aber anschließend wieder verhaftet). Es folgte eine weitere LabourStart Kampagne zur Freilassung von 45 Belaruskali-Streikkomiteemitgliedern, die in Salihorsk verhaftet worden waren.

Der staatliche Gewerkschaftsbund FPB tat sich derweil dadurch hervor, dass man über eine Million Unterschriften gegen EU-Sanktionen gegen Belarus sammelte – Demokratiebewegung und unabhängige Gewerkschaften sagen, dass hierfür Zwangsmethoden angewandt worden seien, was FPB zurückwies. In dem Brief wurde u.a. darauf hingewiesen, dass Sanktionen vor allem Bediensteten von Staatsbetrieben schaden. Die Aktion sorgte in Brüssel und Genf für Irritationen. Die unabhängigen Gewerkschaften streben – wie schon mehrmals in der Vergangenheit (2014, 2019) – den Ausschluss von Staatsgewerkschaften aus Globalen Gewerkschaftsföderationen an. Bislang hat dies aber keinen durchschlagenden Erfolg, bei IndustriAll etwa setzt man noch darauf, über Dialog mehr erreichen zu können und hat auch betont, dass Belchimprofsoyuz sich durchaus für seine Mitglieder eingesetzt habe. Bei den BKDP-Gewerkschaften sieht man dies anders und verweist darauf, dass Belchimprofsoyuz sich ihrer Lesart nach teilweise gemeinsam mit Arbeitgebervertreter_innen für eine Beschneidung der Rechte der unabhängigen Gewerkschaften einsetzt.

Christopher Forst, Repräsentant der Friedrich-Ebert-Stiftung für Belarus und Leiter des Regionalbüros Dialog Osteuropa mit Sitz in Kiew

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de
www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.